

Zeitschrift:	Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse
Herausgeber:	Verband Schweizerischer Privatschulen
Band:	62 (1989)
Heft:	1
Anhang:	Bildungspolitische Beilage der Schweizer ErziehungsRundschau 1/1989 = Supplément de la Revue suisse d'éducation 1/1989

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europäische Integration und Bildung

Minister Walter B. Gyger, Vizedirektor der Direktion für Internationale Organisationen des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten hielt an der Jahrestagung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektionen Ende Oktober 1988 ein Referat über die Auswirkungen der europäischen Integration auf den Kultur-, Bildungs- und Ausbildungsbereich der Schweiz.

Wir publizieren nachstehend einige die Privatschulen besonders interessierende Passagen aus diesem Referat, in einem ersten Teil in deutscher, im Schluss teil in französischer Sprache.

Die Schaffung des Binnenmarkts und die zunehmende Verschmelzung der Volkswirtschaften, die Vergemeinschaftung wesentlicher Politiken, eine Stärkung der Gemeinschafts-Kompetenzen auch im aussen-, ja sogar im sicherheitspolitischen Bereich, dürften die Gemeinschaft der Zukunft kennzeichnen. Eine wesentliche Bedeutung wird dabei dem Programm «Europa der Bürger» zukommen, das eine Bewusstmachung und Festigung der europäischen Identität vorsieht, mit der daraus resultierenden Gefahr einer Abgrenzung gegenüber Drittstaaten.

Europäische Freizügigkeit

Die Bereiche Bildung und Ausbildung werden in erster Linie durch die von der EG angestrebte Freizügigkeit betroffen,

welche nicht nur für Arbeitskräfte und Selbständigerwerbende, sondern ebenfalls für Ausbildner, Schüler, Studenten und Auszubildende Gültigkeit haben soll. Die EG ist bestrebt, durch eine gegenseitige Anerkennung von Berufsdiplomen und Fähigkeitsausweisen die tatsächliche Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit oder die Aufnahme oder Fortsetzung eines Studiums in einem anderen Mitgliedstaat zu erleichtern. In vielen Fällen, z.B. bei Berufen in Industrie, Handwerk und Handel genügt es, den Zugang zu den entsprechenden Tätigkeiten zu liberalisieren. Bei anderen Berufen, z.B. des Gesundheitswesens, ist es notwendig, die Ausbildung zu harmonisieren.

Harmonisierung der Hochschuldiplome

Von der beruflichen Anerkennung hat man die akademische zu unterscheiden. Gemäss einer neuen, vom EG-Rat am 22. Juni 1988 angenommenen Richtlinie, sollen Hochschuldiplome, die nach einer Mindeststudiendauer von drei Jahren erworben werden, im ganzen Gemeinschaftsgebiet als gleichwertig anerkannt werden.

Falls diese Richtlinie durch das europäische Parlament angenommen wird, können inskünftig die Mitgliedstaaten den Angehörigen eines andern EG-Staates nicht mehr vorschreiben, Qualifikationen zu erwerben, die sie unter Bezugnahme auf ihr eigenes Bildungssystem und auf innerstaatliche Diplome

bestimmen, sofern die Betroffenen entsprechende Qualifikationen bereits in einem anderen Mitgliedstaat erworben haben. Vielmehr hat jeder Aufnahmestaat, in dem eine berufliche Tätigkeit reglementiert ist, die in einem andern Mitgliedstaat erworbenen Qualifikationen zu berücksichtigen und zu beurteilen, ob sie den von ihm geforderten Qualifikationen entsprechen. Im Falle von Streitigkeiten steht der Rechtsweg, unter Einschluss des Europäischen Gerichtshofes, offen.

Verstärkte Kooperation

Die Gemeinschaft hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Programmen zur Förderung der Mobilität der Forscher, Dozenten und Studierenden in Europa verabschiedet. Die beiden wichtigsten sind:

- Das Programm Erasmus. Es bezweckt die Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten und unterstützt in diesem Zusammenhang die Vereinbarungen über Studenten- und Dozentenaustausch. Zur Förderung der akademischen Anerkennung von Diplomen und Studienzeiten soll ein europäisches System zur Anrechnung von Studienleistungen auf freiwilliger Basis aufgebaut werden.
- Das Programm Comett. Es fördert die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft in jenen Ausbildungsbereichen, die sich auf Innovation und die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien beziehen.

Anerkennung von Schulabschlüssen

Des weiteren beabsichtigt die EG-Kommission, zur Realisierung des Bin-

nenmarktes Vorschläge für Massnahmen für die gegenseitige Anerkennung von Zugangsqualifikationen für Universitäten und die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen, und zwar insbesondere der Pflichtschulabschlüsse, vorzubereiten.

In Ergänzung der in den Römer-Verträgen vorgesehenen Berufsbildungspolitik besitzt die EG noch weitere Aktionsprogramme, wozu u.a. folgende Elemente gehören:

- Förderung der Beziehungen zwischen verschiedenen Bildungssystemen
- Zusammenarbeit im Hochschulbereich
- Förderung der europäischen Dimension im Schulunterricht, z.B. Förderung des Sprachunterrichts
- Bekämpfung des Analphabetismus und Schulversagens
- Zusammenarbeit im Bereich der Lehrerausbildung, usw.

In einer am 18. Mai 1988 veröffentlichten Mitteilung präsentierte die Kommission ihre Vorstellungen über die mittelfristigen Perspektiven im Bildungsbereich. Neben weiteren Massnahmen zur Anpassung der Bildungs- und Ausbildungssysteme an die Erfordernisse des Binnenmarktes, soll dieser Bereich auch zu einem Kernpunkt zur Schaffung des Europas der Bürger werden. Geplant sind u.a.:

- Massnahmen im Pflichtschulbereich
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft
- Schaffung eines europäischen Bewusstseins bei jungen Menschen
- Intensivierung der Zusammenarbeit im Hochschulbereich
- Anstrengungen zur Förderung des Lehrer- und Schüleraustausches usw.

Internationale Zusammenarbeit ausserhalb der EG

Bereits in den 50er Jahren wurde im Europarat eine Reihe von Konventionen über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten in Europa, über die Anerkennung von Hochschuldiplomen, über die Gleichwertigkeit der zum Hochschulstudium berechtigenden Reifezeugnisse und über die Fortsetzung der Stipendienzahlungen bei Studienaufenthalten im Ausland abgeschlossen. Ihr Ziel ist, wie das der EG-Programme, die Förderung der Mobilität. Die Schweiz ist diesen Konventionen bisher nicht beigetreten.

Les effets de l'intégration européenne sur les domaines de l'éducation et de la formation

Pour la Suisse les effets de l'intégration européenne sur les domaines de l'éducation et de la formation résultent du fait que les Etats membres de la Communauté sont en train de renforcer leur coopération dans ces secteurs.

Tout d'abord ils veulent créer les conditions nécessaires à l'achèvement du marché unifié, notamment la mobilité des travailleurs, des entrepreneurs, des étudiants et des formateurs, ensuite ils coopèrent pour mieux faire face aux problèmes qui résultent pour eux aussi de l'interdépendance et du développement économique, technologique et social. On peut dès lors se poser la question de savoir comment la Suisse, dans des circonstances inchangées, sera en

mesure d'affronter les défis sectoriels et de politique d'intégration auxquels elle est confrontée. Par circonstances inchangées, je veux dire dans le cadre des organisations internationales auxquelles elle appartient et tout en préservant ses structures actuelles.

Qualifications professionnelles

Si nous reconnaissons que nous sommes intéressés à ce que nos concitoyens puissent, au moins temporairement, poursuivre leurs études au-delà de nos frontières et/ou y obtenir un emploi, alors il est évident que la Suisse est hautement concernée par les arrangements intra-communautaires et par les accords de la Communauté avec des Etats tiers en matière de qualifications professionnelles. Suite à l'intégration, la question se pose dès lors si la Suisse ne devrait pas reconnaître la priorité à des considérations économiques et de marché du travail en ce qui concerne l'éducation, et prêter la main à des solutions stimulant la mobilité et la flexibilité. On pourrait par exemple faciliter l'accès des étrangers à certaines voies de formation, ou la reconnaissance des diplômes et des examens de fin de formation professionnelle, pour obtenir les mêmes concessions de l'étranger.

Libre-passage et mobilité

Une conséquence directe du développement interne de la Communauté et que la problématique du libre-passage et de la mobilité est actuellement étudiée en divers cercles de l'administration fédérale et sous différents aspect. L'information des offices cantonaux et des universités, comme d'ailleurs celle

du public en général, a été améliorée. On peut pourtant se demander comment inclure au mieux dans le processus interne de décision en Suisse les cantons et institutions extérieures à l'administration fédérale qui sont compétentes pour les questions d'éducation et de formation. Toutefois la compétence indiscutable de la Confédération en matière de politique étrangère doit être préservée.

Sur le plan international, la Suisse a déjà réagi à ce défi communautaire en faisant part à Bruxelles de son intérêt à participer à Comett et Erasmus. Elle est actuellement en discussions avec la Commission de la Communauté, partiellement en commun avec les autres Etats membres de l'AELE.

- Le programme Comett est pour le moment encore réservé aux pays membres de la Communauté. La Commission envisage l'ouverture aux membres de l'AELE à partir de l'année 1990; le Conseil des Ministres doit toutefois encore approuver cette ouverture.
- Une ouverture du programme Erasmus n'est pas encore en vue, car la Commission veut d'abord s'assurer du bon fonctionnement à l'intérieur de la Communauté. Une ouverture à plus long terme n'est pourtant pas exclue.

Reconnaissance des diplômes des universités

En résumé, nous pouvons donc constater que le dossier sur la reconnaissance réciproque des examens et des diplômes et sur l'accroissement de la mobilité transfrontière est bien ouvert, en Suisse également, et cela en partie

grâce ou à cause des développements communautaires. On le remarque clairement dans la réponse du Conseil fédéral à la motion Ziegler du 16 juillet 1988 sur la reconnaissance des diplômes des universités suisses en Europe. Le Conseil fédéral s'y déclare disposé à prendre contact avec les cantons, vu leur compétence en la matière, pour établir avec eux une ligne commune quant aux moyens de permettre la reconnaissance mutuelle des diplômes entre la Suisse et la Communauté.

Le défi suisse

Ainsi, que nous adhérons ou non à la Communauté, nous sommes confrontés dans le domaine de l'éducation et de la formation à des problèmes presque identiques. Il y a un défi qui pèse sur nos structures étatiques.